

## AUSSPRACHE

### Nur die Demokraten können die Demokratie schützen

*Giselher Schmidt* ist für sein Porträt Adolfs des II., *Adolf von Thaddens*, zu danken (GM Nr. 3/1969). Er beschließt es mit dem begreiflichen Stoßseufzer: „bewahre uns doch der Himmel — neben den Anstrengungen aller redlichen Demokraten — vor einem Abgeordneten Adolf von Thadden im Sechsten Bundestag!“ — Nüchtern gesagt: Auf den Himmel wird dabei wohl sowenig Verlaß sein wie am 30. Januar 1933.

Wie aber steht es mit den Demokraten in unserem Lande, haben sie die erforderlichen Konsequenzen — wie die Gewerkschaften — aus der jüngsten deutschen Geschichte und auch aus dem Schicksal der Demokratie im NATO-Staat Griechenland gezogen? Es sieht nicht danach aus. Denn sonst würden die Innenminister den Artikel 139 des Grundgesetzes anwenden und die neonazistische NPD auflösen, anstatt über einen möglichen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu debattieren. Sonst würde man auch nicht die Frage stellen — wie am 21. März wieder der Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion *Genscher* — Verbot oder politische Auseinandersetzung und Aufklärung. Der DGB-Vorsitzende *Ludwig Rosenberg* hat vor dem HBV-Gewerkschaftstag mit Recht erklärt, daß man sich mit eingefleischten Nazis oder Neonazis nicht geistig auseinandersetzen kann. Ihre Politik beruht auf Emotionen und ist nicht vernunftbegründet. Ohnehin aber schließt das eine das andere nicht aus. Der Rauschgift-Handel ist auch verboten und zugleich bemüht man sich darum, die Rauschgift-Gefährdeten aufzuklären. Die braune Pest aber ist millionenfach gefährlicher als Rauschgift und hat gerade in Deutschland unendlich viel mehr Schaden angerichtet. Von Aufklärung über den Nazismus und Neonazismus aber sollten vor allem die nicht sprechen, die mit Verantwortung dafür tragen, daß Aufklärung darüber in unseren Schulen und Lehrbüchern völlig ungenügend geschieht, die Traditionen der Hitlerwehrmacht und ihrer Generäle in der Bundeswehr dagegen um so eifriger gepflegt werden.

Auch die vielleicht oft nur gedankenlos vorgenommene Gleichsetzung des „Rechts- und Links-Radikalismus“, des KPD-Verbotes und eines möglichen NPD-Verbotes, verharmlost die Gefährlichkeit des Nazismus und Neonazismus. Der Nazismus war es, der 1933 die Demokratie in Deutschland erwürgte und unser Land und die Völker Europas mit Mord und Brand überzogen hat. Nach all dem dürfte es für eine nazistische Bewegung keinen Platz, nicht die geringste Konzession in unserem Land mehr geben!

Doch wer soll das Gerede über Verbotsabsichten seitens der CDU/CSU noch ernst nehmen, nachdem diese Partei sich nicht scheute, die Stimmen der NPD in der Bundesversammlung für ihren Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, *Schröder*, anzunehmen?! Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen konnte man vereinzelte Wahlabkommen noch als „örtliche Pannen“ abtun. Nach der Bundesversammlung ist das nicht mehr möglich.

Auch die erste Hitlerregierung bestand nicht nur aus Mitgliedern der NSDAP. Es einte ihre Minister eines: Der Haß gegen die Arbeiterbewegung. Und so konnte *Hitler* ungeniert Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter in Vorbeugehaft nehmen lassen.

*Giselher Schmidt* schreibt von „redlichen“ Demokraten. Das konsequente, konzessionslose Eintreten dafür, daß dem Nazismus nicht noch einmal in Deutschland die geringste Chance gegeben wird, sollte alle redlichen Demokraten diesmal gegen eine neue, schleichende Machtergreifung vereinen. Diese Koalition zum Schutz der Demokratie brauchen wir dringender als alles andere.

*Arthur Böpple, Bremen*